

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.
Vertrieb Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Landratsamts Weihen.

Postkonto: Dresden 1580
Vertrieb Nr. 22.

Nr. 139.

Freitag, 18. Juni 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 38 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 38 mm breite Kellamezelle 100 Gold-Pfennige; gelbraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Abgabe der Druckfertigen des Druckers, der Lieferanten oder der Verleger-Einrichtungen — hat der Bezüge keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenpreis: 10 Pfennig pro Zeile und Tag. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verleger-Einrichtungen — hat der Bezüge keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenpreis: 10 Pfennig pro Zeile und Tag. — Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Der Volksentscheid und der Arbeiter.

Man hat die Aktion gegen die „maßlosen Forderungen der Fürsten“ als einen Kampf des Volkes gegen seine früheren Gewalttäter aufgefaßt. Man stellte Milliarden-Summen der wirtschaftlichen Not des Volkes gegenüber. Es ist kein Zweifel, daß diese Gegenüberstellung wirksam ist und denjenigen, die diese Behauptungen wagen und ohne Nachfragen in sich aufnimmt, zur Teilnahme am Volksentscheid verleiten muß. Diese skrupellose Propaganda stellt sich aber demjenigen, der sich über den wirklichen Sachverhalt unterrichtet, als ein ungeheurer Betrug am Volke dar.

Wie ist der wahre Sachverhalt? Das Deutsche Reich ist durch den Zusammenschluß der einzelnen deutschen Länder entstanden. Die einzelnen Länder wiederum sind die Schöpfungen einzelner deutscher Fürstengeschlechter, die kraftvolle staatsmännliche Persönlichkeiten aufwiesen und es verstanden haben, ihren Machtbereich zu vergrößern. Das ist nun einmal die geschichtliche Entwicklung. In den früheren Jahrhunderten scharte sich das Volk um seine Landesfürsten, die ihm Boden, Arbeit und Gerechtigkeit gaben, und wenn sie klug und mächtig waren, ihr Machtgebiet erweitern konnten, oder wenn das Gegenteil der Fall war, von der Bildfläche verschwand. Die einzigen Ausnahmen der Mark Brandenburg zum Beispiel haben es durch ihre Herrscherfähigkeiten verstanden, aus der Streulandbüchse der Mark Brandenburg den preussischen Staat zu entwickeln, der Jahrhunderte hindurch allen anderen europäischen Ländern durch strenge Verwaltung, durch seine unbestechlichen Gerichte und seine Gerechtigkeit als Vorbild galt. Man muß an diese geschichtliche Entwicklung erinnern, wenn eine skrupellose Aktion heute die deutsche Vergangenheit in der gefährlichsten Weise schmälert.

Als dann bei dem Umsturz im November 1918 das deutsche Volk sein Schicksal selbst in die Hand nahm und die Landesfürsten entthronte, hat es Besitz und Vermögen der früheren Landesfürsten beschlagnahmt. Aber selbst die damalige Revolutionsregierung hat betont und sichtlich versprochen, daß den früher regierenden Familien ihr Privateigentum belassen bleiben soll. Daraus ergab sich die Notwendigkeit der Auseinandersetzung zwischen dem Staat und den Fürstentümern. Diese Erbteilungsverteilung ist während der letzten Jahre in fast sämtlichen Ländern durch Verträge und Vergleiche erfolgt, die denen der Staat alle Vermögensgegenstände übernahm, die für ihn von Wert sind, und den fürstlichen Familien von ihrem Privateigentum lediglich einen Bruchteil beließ, der ihnen eine ausreichende Existenz sichern sollte. Diese Auseinandersetzung wäre längst in Ruhe und Frieden beendet, wenn nicht die Kommunisten im vergangenen Winter die letzten noch schwebenden Vergleichsverhandlungen zu einem großen Verfehlungs für ihre kommunistischen Ideen benutzt hätten. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Not, der Sorge und Verbitterung hat ihnen das deutsche Volk hierbei nur allzu willig Folge geleistet.

Trotz aller Beschuldigungen und Versprechungen gilt es einen klaren Kopf zu behalten. Der Staat hat, wie schon erwähnt, den weitesten größten Bestandteil der fürstlichen Vermögen ohne Vergütung übernommen, der preussische Staat allein in dem vorgesehenen Vergleich Vermögenswerte im Gesamtwert von etwa 800 Millionen Mark. Bei dem Volksentscheid handelt es sich also lediglich um die Frage, ob den früher regierenden Familien auch der letzte Bruchteil ihres Vermögens, der ihnen als Existenzgrundlage belassen wurde, ohne jede Entschädigung weggenommen werden soll. Das ist zweifellos ein unbilliges Unrecht und ein schwerer Verstoß gegen die Verfassung, die jedem deutschen Bürger den Schutz seines Privateigentums garantiert.

Wenn man den fürstlichen Familien diesen in den Vergleichen ihnen zugesprochenen Vermögensanteil beläßt, braucht das Volk hierfür nicht einen Pfennig aufzuwenden. Es ist nicht wahr, daß Steuern dafür eingetrieben werden müssen. Es brauchen keine Mittel aufgebracht zu werden, da es sich ja nur darum handelt, ihnen einen kleinen Bruchteil ihres eigenen Besitzes zu belassen. Wenn andererseits auch dieser Bruchteil weggenommen würde, hätte davon niemand im Volk einen Vorteil, da sich diese paar Schilling unter den heutigen Verhältnissen gar nicht zu Geld machen lassen und sie auch nicht für sonstige Zwecke verwendbar sind. Auch die Verwendung des Grundbesitzes für Stiefelungswecke ist ein trügerisches Versprechen. Der Staat hat Grundbesitz genug, den er Stiefelungszwecken überlassen könnte. Aber mit dem Grund und Boden ist es nicht getan. Der Bau von Häusern, die Schaffung von Gärten, die Aneignung der landwirtschaftlichen Kenntnisse bieten so große Schwierigkeiten und erfordern so viel Geldmittel, daß bisher fast alle Stiefelungsversuche daran gescheitert sind.

Der Arbeiter hat also nicht den geringsten Vorteil davon, wenn man den früher regierenden Familien auch ihren letzten Rest entschädigungslos entzieht. Diese bolschewistische Methode trägt aber für ihn große Gefahren und schwerste Schädigungen. Wenn der Volksentscheid Erfolg hat, werden schwere innere Kämpfe das Deutsche Reich auf unabsehbare Zeit erschüttern. Sowohl die süddeutschen Staaten wie auch weite Volksteile in allen Ländern werden es niemals zulassen, daß das deutsche Volk an den Trägern seiner Geschichte einen derartig unwürdigen Nachstoß begeht. Wir haben daher mit den leidenschaftlichsten inneren Kämpfen auf lange Zeit zu rechnen. Nachdem sich Deutschland nach dem schweren Kriegsschicksal heben zu erholen beginnt, braucht es mehr denn je inneren Frieden und Ruhe. Dem Arbeiter geht es nur gut, wenn es der Wirtschaft gut geht. Heute werden Millionen für diesen politischen Kampf verwendet. Gegenstände aufzuerheben, die die Arbeit fördern und durch diese Unvernunft wird die wirtschaftliche Entwicklung verhindert.

Die deutsche Wirtschaft kann außerdem nur gedeihen, wenn das Ausland Deutschland Vertrauen entgegenbringt, sowohl in die Gesinnung und Denkmuster des deutschen Volkes wie auch in seine finanzielle Zuverlässigkeit. Die größten deutschen Unternehmungen konnten nur mit Hilfe der Auslandskredite arbeitsfähig erhalten bleiben. Die deutsche Arbeit findet nur einen Weltmarkt draußen, wenn die Verarbeitung auf eine gewisse Summe steht. Das Ausland aber ist in seiner Frage so empfindlich wie in der des Eigentums. Der Bolschewismus, der das Privateigentum systematisch zerstört, ist in der ganzen Welt Furcht und Haß aus.

Die entschädigungslose Enteignung, wie sie der Volksentscheid will, ist eine in einem Rechtsstaat unmögliche Methode und lediglich ein bolschewistisches Rezept. Die Einführung dieser Methode in Deutschland bedeutet daher gerade für den Arbeiter schwerste Gefährdung seiner Interessen; denn der Arbeiter ist es, der alle Störungen und Behinderungen der wirtschaftlichen Produktion am unmittelbarsten an seinem Leibe zu verspüren bekommt. Der Arbeiter hat daher in seinem eigenen Interesse Anlaß, dafür Sorge zu tragen, daß der kommunistischen Spielerei mit der Enteignung des Privateigentums in Deutschland so rasch und radikal als möglich der Garauß gemacht wird. Es geschieht dadurch, daß der Volksentscheid am kommenden Sonntag zum Scheitern gebracht wird. Das ist am wirksamsten dadurch möglich, daß man der Abstimmung fernbleibt; denn der Erfolg hängt vom Umlauf der Beteiligung ab. Auch wer mit „Nein“ stimmen will, bleibe von der Abstimmung fern. Wird er aber durch Terror gezwungen, trotzdem das Wahllokal aufzusuchen, so empfiehlt es sich, lediglich einen leeren Umschlag abzugeben.

Arbeiter, laßt Euch nicht als Werkzeug der kommunistischen Ideen gebrauchen, die in Ausland gerade für die Arbeiter die größte Gefahr gebracht haben. Jetzt, da ihr trotz aller ihrer lärmenden Schlagworte Euer eigenes Urteil und Verantwortungsbewußtsein behalten habt und überlaßt den Bolschewisten ihren Volksentscheid. Ihr selbst aber bleibt zu Hause und haltet Euch von der Abstimmung fern!

Reichsminister Dr. Rütz zum Volksentscheid.

Berlin. (Funkpruch.) Der Reichsminister des Innern Dr. Rütz gewährt einem Vertreter des Volksfiskus Telegrammwort eine Unterredung über seine Stellungnahme zum Volksentscheid, in der er u. a. erklärte:

Die entschädigungslose Enteignung, wie sie der Volksentscheid enthält, geht weiter als das, was die Reichsregierung und die Reichsregierung vor Erlass der Verfassung als zulässig erklärt haben. Nachdem wir aber seit 8 Jahren die Revolution hinter uns haben und nachdem inzwischen in den meisten Staaten die Auseinandersetzung mit den Fürsten durch die Volksvertretungen geregelt worden ist, geht es nicht an, sich zu einer Maßnahme zu entscheiden, die ihrem Charakter nach revolutionär ist. Ich halte die unterirdisch ausgesprochene entschädigungslose Enteignung auch für eine grobe Ungerechtigkeit aus Gründen, die in der Öffentlichkeit meines Wissens noch nicht dargelegt worden sind. Manche Fürsten haben ihr Kunst und Wissenschaft, für Kultur- und Wohlfahrtszwecke mehr Mittel angewendet als ihnen aus der Privillie zufließen. Es ist also mit den Grundbesitzern der Gerechtigkeit unvereinbar, alle Fürsten gleichmäßig ohne Entschädigung zu enteignen.

Auf die Frage: „Sagen Sie sich die Ihrer entschiedenen Ablehnung der Enteignung nicht in Widerspruch mit der demokratischen Partei?“ erklärte der Minister: Im Gegenteil, wenn ich für diese Enteignung wäre, würde ich die demokratische Reichstagsfraktion beschleunigen. Ich würde den wahren Inhalt der Demokratie vermissen, der gleichbedeutend ist mit der Gerechtigkeit und Ordnung. Ich würde mich in Widerspruch setzen mit der offiziellen Ausdeutung der Partei vom 22. Mai 1926.

Reichsminister Marx über die Fürstenfrage.

Berlin. In einer Unterredung mit einem Pressevertreter äußerte sich Reichsminister Marx eingehend darüber, wie sich die Regierung zur Enteignung der Fürstlichen Vermögen verhält und wie sich die Lösung der Frage der Auseinandersetzung der Länder mit den ehemals regierenden Fürstentümern dente.

Er führte dabei u. a. aus: Eine völlige Enteignung kann die Regierung nicht billigen, wie sie schon bei Einführung des Gesetzesentwurfes im Reichstag klar zum Ausdruck gebracht hat. Nach der verfassungsmäßigen Überwindung der Revolution müssen die Grundbesitzer des Reichstaates unverändert bleiben. Mit dem obersten Gebot eines Reichstaates ist die in dem jetzt vorliegenden Gesetzesentwurf vorgesehene entschädigungslose Enteignung nicht vereinbar. Die Reichsregierung hält eine gesetzliche Regelung für erforderlich. Sie hat daher ihrerseits im Reichstag einen Gesetzesentwurf vorgelegt und ist entschlossen, mit allen Mitteln auf die Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfes zu dringen. Der Grundgedanke dieses Entwurfes beruht darauf, daß Staatsvermögen und Privateigentum der Fürsten getrennt werden und zwar derart, daß diejenigen Vermögensgegenstände, welche die ehemals regierenden Fürsten nur als Staatsoberhäupter besaßen haben, angehöre der veränderten staatsrechtlichen Verhältnisse nunmehr als das Eigentum des Staates und zwar ohne Entschädigung angesehen werden sollen, während das reine Privateigentum den Fürsten verbleiben soll. Bei der im Gesetzesentwurf der Reichsregierung vorgesehene Auseinandersetzung muß den auf kulturellem und gesundheitlichem Gebiet liegenden Interessen der deutschen Länder besonders Rechnung ge-

tragen werden. Deshalb sollen den Ländern aus der streitigen Vermögensmasse solche Vermögensgegenstände wie Theater, Schlösser, Museen, Sammlungen, Bibliotheken, Archive, Parkanlagen, vorweg zugewiesen werden. Im übrigen soll die Auseinandersetzung nach Billigkeit und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage beider Teile erfolgen. Damit soll insbesondere zugunsten der Länder in Betracht gezogen werden, daß die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen gegenüber den früheren Verhältnissen allgemein wesentlich herabgedrückt ist, während bei den vorwärts regierenden Fürstentümern die Notwendigkeit zu solchen Aufgaben weggefallen ist, zu denen sie früher als Träger der Staatsgewalt verpflichtet waren. In der Frage der Aufwertung sollen die ehemaligen Fürstentümer genau so behandelt werden wie alle anderen Staatsbürger.

Die Zahl der Stimmberechtigten.

Berlin. Das statistische Reichsamts hat, wie der demokratische Zeitungsdienst mitteilt, eine Nachprüfung der Zahl der Wahlberechtigten vorgenommen, die für den Volksentscheid von maßgebender Bedeutung ist. Unter Zuarundelegung der Volkszählung von 1919 hat sich ergeben, daß die Zahl der Wahlberechtigten, die beim Volksentscheid mit rund 39,5 Millionen angenommen wurde, höchstens 39 Millionen betragen kann.

Konferenz der Ernährungsminister.

München. (Funkpruch.) Heute finden im bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft wichtige Besprechungen über die Finanzierung der diesjährigen Ernte, sowie über Zoll- und Handelsfragen statt. An diesen Besprechungen werden auch Reichslandwirtschaftsminister Dr. Haslunde und Vertreter aller deutschen Länder teilnehmen.

Die Frage des Ortes für das Reichsfest.

Berlin. Der Reichsratsausschuß beschäftigte sich gestern, wie bereits gemeldet, mit der Frage des Ortes für das Reichsfest. Zu den von den Frontkämpferverbänden gewünschten Orten Weimar und Goslar zog er noch folgende Orte in die engere Wahl: Augustsberg, Eisenach, Rudolfsberg, das Weilergebiet und die Insel Rorh. Diese Gegenden werden in aller nächster Zeit durch den Ausschuß unter Einwirkung von Vertretern der Reichsregierung und in Gegenwart des Reichskunstwartes besichtigt werden.

Briands Verhandlungen zur Kabinettsbildung.

Paris. (Funkpruch.) Havas berichtet über die Verhandlungen zur Kabinettsbildung, daß Briand, da die Sozialisten es für unmöglich gehalten hätten, sich seinen Ansichten anzuschließen, sich einer etwas anderen Lösung als der ursprünglich geplanten zugewandt habe. Der Erfolg dieser neuen Kombination bleibe jedoch davon abhängig, daß Herriot und Poincaré ihr beitreten, da Briand die Mitarbeit dieser beiden Politiker für unerlässlich halte. Gestern Abend habe eine Mitarbeit Poincarés als wahrscheinlich gegolten. Die Verhandlungen mit Herriot dagegen seien noch nicht so weit gediehen. Zur Klärung verschiedener wesentlicher Punkte, die noch unentschieden bleiben, würde heute vormittag eine neue und zwar entscheidende Besprechung zwischen Briand und Herriot stattfinden, da Briand heute mittag dem Präsidenten der Republik seine Antwort überbringen müsse.

Er nouvelle glaubt, daß Briand bei einem Scheitern seiner Bemühungen dazu raten werde, Herriot selbst mit der Kabinettsbildung zu betrauen.

Herriot lehnt ab.

Paris. (Funkpruch.) Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des Kammerpräsidenten Herriot eine Vorhandlung der Radikalen Partei statt, nach deren Beendigung erklärt wurde, Herriot werde sich zum Ministerpräsidenten begeben, um das Angebot, in das Kabinett einzutreten, abzulehnen. Eine Erklärung der Radikalen Partei soll hierüber veröffentlicht werden.

Poincaré bei Briand.

Paris. (Funkpruch.) Briand hat heute vormittag 10 Uhr seine Besprechungen wieder aufgenommen. Er empfing zuerst Poincaré.

Der Umsturz in Portugal.

Paris. (Funkpruch.) Nach einer Havasmeldung aus Lissabon besetzen revolutionäre Truppen gestern Abend alle Ministerien. Gleichzeitig wurde der Delegationspräsident verhaftet. General Gomes Costa wurde Major Cabecadas als seinen Stützpunkt auf die Ministerpräsidenten und auf das Ministerium des Innern zu verzeichnen. Es herrscht vollkommen Ruhe. General Gomes Costa betonte in seiner Erklärung, daß die gegenwärtige Bewegung rein republikanischen Charakter trage. Der Finanzminister ist zurückgetreten und durch einen General ersetzt worden. Major Philomeno Tamara übernahm das Ministerium des Innern. Der Finanzminister, der Minister des Innern und der Minister des Äußern bildeten einen Exekutivrat.